



Attac fordert Teil-Schuldenerlass für Griechenland

Attac fordert Teil-Schuldenerlass für Griechenland
Drohungen gegen Griechenland empörend und undemokratisch / Europa braucht Schuldenkonferenz nach Vorbild von 1953
Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat die Einlassungen aus der Bundesregierung und aus den Parteien zur Euro-Mitgliedschaft Griechenlands als empörende und undemokratische Einmischung in den griechischen Wahlkampf kritisiert. "Wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble droht, Griechenland aus der Gemeinschaftswährung ausscheiden zu lassen, riskiert er einen Bankrun und damit den Staatsbankrott Griechenlands. Auch die unverhohlene Drohung von EU-Kommissar Jean-Claude Juncker gegenüber den griechischen Wählerinnen und Wählern ist unerträglich", sagte Roland Süß vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.
Nachdem das Geld der Troika-Bankenrettungspolitik zum größten Teil bei den Banken und anderen privaten Gläubigern gelandet ist, bürgen jetzt die Steuerzahler hierzulande und in anderen EU-Staaten. Roland Süß weiter: "Der Grexit und der damit verbundene Zahlungsausfall würden den Bundeshaushalt allein durch die EFSF/ESM-Bürgschaften und Anteile im EZB-System mit rund 75 Milliarden Euro belasten. Schon deshalb muss die Bundesregierung, wenn die Griechen am 25. Januar die durch und durch korrupte Schwesterpartei der CDU/CSU in ihrem Land abwählen, bereit sein, die Troika-Programme mit der linken Syriza neu zu verhandeln."
Attac unterstützt die Syriza-Forderung nach einer europäischen Schuldenkonferenz, wie sie 1953 für Deutschland durchgeführt wurde.
Werner Rätz, ebenfalls Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis: "Jeder weiß, dass Griechenland nie und nimmer alle Schulden zurückzahlen kann und dringend eine Erleichterung braucht, um gegen die Krise handlungsfähig zu werden. Ein geordneter Teil-Erlass und ein Ende der destruktiven Kürzungspolitik wären das Vernünftigste.
Gerade Deutschland steht in der Verantwortung, dafür den Weg frei zu machen."
Weitere Informationen:
Attac-Forderungen zur Eurokrise: www.attac.de/kampagnen/eurokrise-blockupy/forderungen/
"Fighting Austerity in Greece and beyond. A historic moment for the European Left" von Lisa Mittendrein und Valentin Schwarz (Attac Österreich): <http://t1p.de/Fighting-Austerity-in-Greece-and-beyond> (Originallink: http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Mittendrein-Lisa-Schwarz-Valentin_Fighting-austerity-in-Greece-and-beyond)
-A-historic-moment-for-the-European-Left.pdf
Für Rückfragen und Interviews: Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0170 5217 261
Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0175 2725 893
Frauke Distelrath
Pressesprecherin Attac Deutschland
Post: Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M
Tel.: 069 900 281-42
Mobil: 0151 6141 0268
Fax: 069 900 281-99
Mail: presse@attac.de


Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.